

LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2009 — 2507

[C — 2009/00445]

28 DECEMBRE 1967. — Loi relative à l'octroi d'un salaire différé dans l'agriculture et l'horticulture. — Coordination officieuse en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande de la loi du 28 décembre 1967 relative à l'octroi d'un salaire différé dans l'agriculture et l'horticulture (*Moniteur belge* du 20 janvier 1968), telle qu'elle a été modifiée par la loi du 12 août 1985 modifiant la loi du 28 décembre 1967 relative à l'octroi d'un salaire différé dans l'agriculture et l'horticulture (*Moniteur belge* du 1^{er} octobre 1985).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2009 — 2507

[C — 2009/00445]

28 DECEMBER 1967. — Wet betreffende een uitgesteld loon in land- en tuinbouw. — Officieuze coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van de wet van 28 december 1967 betreffende een uitgesteld loon in land- en tuinbouw (*Belgisch Staatsblad* van 20 januari 1968), zoals ze werd gewijzigd bij de wet van 12 augustus 1985 houdende wijziging van de wet van 28 december 1967 betreffende een uitgesteld loon in land- en tuinbouw (*Belgisch Staatsblad* van 1 oktober 1985).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2009 — 2507

[C — 2009/00445]

28. DEZEMBER 1967 — Gesetz über die Gewährung eines zeitversetzten Lohns in der Landwirtschaft und im Gartenbau — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Gesetzes vom 28. Dezember 1967 über die Gewährung eines zeitversetzten Lohns in der Landwirtschaft und im Gartenbau, so wie es abgeändert worden ist durch das Gesetz vom 12. August 1985 zur Abänderung des Gesetzes vom 28. Dezember 1967 über die Gewährung eines zeitversetzten Lohns in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

MINISTERIUM DER LANDWIRTSCHAFT

28. DEZEMBER 1967 — Gesetz über die Gewährung eines zeitversetzten Lohns in der Landwirtschaft und im Gartenbau

Artikel 1 - Die ehelichen, nichtehelichen oder adoptierten Nachkommen eines Landwirts oder eines Gartenbauers oder seines Ehepartners sowie die Ehepartner dieser Nachkommen, die, [nachdem sie das Alter von 18 Jahren erreicht haben], durchgehend und [während mindestens 5 Jahren] im Betrieb dieses Landwirts oder Gartenbauers oder seines Ehepartners eine nicht entlohnte normale Arbeit verrichtet haben, haben ein Anrecht auf eine als zeitversetzten Lohn qualifizierte Entschädigung. [Der Militärdienst oder ein damit gleichgestellter Dienst unterbricht den Zeitraum von fünf Jahren nicht, gibt aber kein Anrecht auf eine Entschädigung.]

Diejenigen, die für die geleistete Arbeit zwar nicht vollständig entlohnt worden sind, aber besondere Vorteile erhalten haben, die den anderen Nachkommen gleichen Grades nicht gewährt worden sind, werden vorbehaltlich eines Gegenbeweises als Personen angesehen, denen diese Vorteile als Entlohnung für die Arbeit, die sie im Betrieb verrichtet haben, gewährt worden sind, und können nur Anspruch erheben auf die Differenz zwischen dem wie unten erwähnt berechneten zeitversetzten Lohn und dem geschätzten Wert der genannten Vorteile zum Zeitpunkt ihrer Gewährung. In Form von Unterkunft, Kost oder Sozialbeiträgen zuerkannte Vorteile werden nicht berücksichtigt.

[Art. 1 Abs. 1 abgeändert durch Art. 1 des G. vom 12. August 1985 (B.S. vom 1. Oktober 1985)]

Art. 2 - Der zeitversetzte Lohn ist [auf die Hälfte] des Bruttolohns eines qualifizierten Landwirtschaftsarbeiters oder einer qualifizierten Landwirtschaftsarbeiterin festgelegt; er wird auf der Grundlage des Höchstlohns berechnet, der während des Zeitraums tatsächlich verrichteter Arbeit, für den der zeitversetzte Lohn eingefordert werden kann, anwendbar war. Dieser Zeitraum darf zehn Jahre nicht übersteigen.

Wenn der Nachkomme und sein Ehepartner während dieses ganzen Zeitraums oder während eines Teils davon beide unter den in Artikel 1 angegebenen Bedingungen im Betrieb gearbeitet haben, wird der Lohn beider Ehepartner für den Zeitraum der gemeinsamen Arbeit [auf die Hälfte] des Bruttolohns eines qualifizierten Landwirtschaftsarbeiters oder einer qualifizierten Landwirtschaftsarbeiterin festgelegt.

[Art. 2 Abs. 1 und 2 abgeändert durch Art. 2 des G. vom 12. August 1985 (B.S. vom 1. Oktober 1985)]

Art. 3 - Für die Eröffnung des Anrechts auf zeitversetzten Lohn und für dessen Berechnung wird ebenfalls die für den Betrieb geleistete Arbeit berücksichtigt, die nach dem Tod der Betreiber oder eines der Betreiber oder nach Auflösung der aus den Betreibern oder aus dem Betreiber und seinem Ehepartner bestehenden Gemeinschaft bis zur Einreichung des Antrags auf Liquidation des Nachlasses oder auf Auseinandersetzung der Gemeinschaft weiter verrichtet wurde.

Art. 4 - § 1 - Der zeitversetzte Lohn ist einforderbar:

1. wenn der Betreiber oder einer der Betreiber verstirbt,
2. bei Auflösung der Gemeinschaft, auf deren Rechnung der Betrieb ganz oder größtenteils geführt wird.

Wenn der Berechtigte mit Anspruch auf zeitversetzten Lohn oder sein Ehepartner erbberechtigt ist, muss die Klage auf Erhalt des zeitversetzten Lohns vor Beendigung der Liquidation des Nachlasses oder vor Beendigung der Auseinandersetzung der Gemeinschaft eingeleitet werden.

Wenn der Berechtigte mit Anspruch auf zeitversetzten Lohn oder sein Ehepartner nicht erbberechtigt ist, muss die Klage entweder binnen zwei Jahren nach dem Tod des Betreibers oder nach Auflösung der Gemeinschaft oder binnen zwei Jahren nach Beendigung der Arbeit, sofern diese nach dem Tod des Betreibers weiter verrichtet worden ist, eingereicht werden. Wenn die Auflösung der Gemeinschaft, auf deren Rechnung der Betrieb ganz oder größtenteils geführt wurde, die Folge einer Scheidung, einer Trennung von Tisch und Bett oder einer Gütertrennung ist, muss die Klage vor Beendigung der Auseinandersetzung der Gemeinschaft eingereicht werden.

§ 2 - Der zeitversetzte Lohn ist auch dann einforderbar, wenn der Betreiber infolge einer Erbteilung durch Verwandte in aufsteigender Linie seinen Betrieb schließt.

Die Schuldforderung der an dieser Teilung beteiligten Berechtigten mit Anspruch auf zeitversetzten Lohn muss festgestellt und die Art der Auszahlung in der Teilungsurkunde selbst festgelegt werden; die an der Teilung nicht beteiligten Anspruchsberechtigten müssen ihre Klage binnen einer Frist von zwei Jahren ab dem Datum der Beurkundung entweder gegen die Verwandten in aufsteigender Linie oder gegen die beschenkten Nachkommen einreichen.

§ 3 - Wenn der Berechtigte mit Anspruch auf zeitversetzten Lohn verstirbt, ohne die Auszahlung seiner Schuldforderung eingefordert zu haben, kann der zeitversetzte Lohn nur von seinem hinterbliebenen Ehepartner und seinen Nachkommen eingefordert werden, und zwar im Rahmen ihrer jeweiligen Rechte.

§ 4 - Der Gesamtbetrag an zeitversetztem Lohn, der im Dienst ein und desselben Betriebs bezogen wird, darf nicht mehr betragen als die Hälfte des Reinvermögens der Gemeinschaft oder des Nachlasses vor Abzug dieses Lohns. Im Falle einer Erbteilung durch Verwandte in aufsteigender Linie darf der Gesamtbetrag an zeitversetztem Lohn nicht mehr betragen als die Hälfte des Wertes der Güter, die verteilt werden müssen, nach Abzug der Lasten. Gegebenenfalls wird eine verhältnismäßige Herabsetzung vorgenommen.

Art. 5 - Die Verrichtung einer durchgehenden und normalen Arbeit unter den in Artikel 1 erwähnten Bedingungen sowie die Gewährung eines besonderen Vorteils aufgrund dieser Arbeit können ungeachtet des Streitwertes mit allen rechtlichen Mitteln, Zeugen und Vermutungen einbezogen, nachgewiesen werden.

Wer, beim Betreiber wohnend, dem System der Kinderzulagen oder der Hinterbliebenen- und Ruhestandspensionen als Helfer angeschlossen war oder Einkommensteuerepflichtiger gewesen ist, wird vorbehaltlich eines Gegenbeweises als Person angesehen, die eine solche Arbeit verrichtet hat.

Art. 6 - [Abänderungsbestimmung]

Art. 7 - [Abänderungsbestimmung]

Art. 8 - [Abänderungsbestimmung]

Übergangsbestimmungen

Art. 9 - Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes können bei der Liquidation des Nachlasses oder bei der Auseinandersetzung der Gemeinschaft geltend gemacht werden, falls diese Liquidation bzw. Auseinandersetzung zu dem Zeitpunkt, an dem vorliegendes Gesetz in Kraft tritt, noch nicht abgeschlossen ist.

Art. 10 - [Übergangsbestimmung]

Art. 11 - [Übergangsbestimmung]

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2009 — 2508

[2009/00204]

1^{er} MARS 2009. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 7 juillet 1994 fixant les normes de base en matière de prévention contre l'incendie et l'explosion, auxquelles les bâtiments nouveaux doivent satisfaire

RAPPORT AU ROI

Sire,

Le présent projet modifie l'arrêté royal du 7 juillet 1994 fixant les normes de base en matière de prévention contre l'incendie et l'explosion auxquelles les bâtiments nouveaux doivent satisfaire.

Cette modification consiste, d'une part, à ajouter une nouvelle annexe 6 contenant les spécifications techniques auxquelles la conception, la construction et l'aménagement de nouveaux bâtiments industriels doivent satisfaire et, d'autre part, à adapter les définitions contenues dans l'annexe 1^{re}, en accord avec les nouvelles prescriptions de l'annexe 6.

L'ajout d'une annexe spécifiquement destinée aux bâtiments industriels se justifie par l'exclusion de cette catégorie de bâtiments des annexes 2, 3 et 4 de l'arrêté royal du 7 juillet 1994 précité. En effet, le concept de sécurité développé dans les annexes 2, 3 et 4 ne peut pas être appliqué aux bâtiments industriels.

Ce projet d'arrêté royal a fait l'objet de l'avis 44.188/4 du 19 mars 2008 du Conseil d'Etat.

Le texte a été adapté aux remarques du Conseil d'Etat.

Cependant, le projet rend obligatoire diverses normes et le Conseil d'Etat fait observer qu'il convient d'en assurer la publication intégrale au *Moniteur belge*.

Le projet ne suit pas l'avis du Conseil d'Etat sur ce point.

Une norme reflète les règles de bonne pratique qui sont d'application pour un produit donné, un procédé donné ou un service donné au moment de son adoption.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2009 — 2508

[2009/00204]

1 MAART 2009. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 7 juli 1994 tot vaststelling van de basisnormen voor de preventie van brand en ontploffing waaraan de nieuwe gebouwen moeten voldoen

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Dit ontwerp wijzigt het koninklijk besluit van 7 juli 1994 tot vaststelling van de basisnormen voor de preventie van brand en ontploffing waaraan de nieuwe gebouwen moeten voldoen.

De wijziging bestaat enerzijds uit een toevoeging van een nieuwe bijlage 6, waarin de technische specificaties zijn opgenomen waaraan het ontwerp, de bouw en de inrichting van nieuwe industriegebouwen moeten voldoen en anderzijds uit een wijziging van de definities in bijlage 1 zodat deze aangepast zijn aan de termen die in de nieuwe bijlage 6 worden gebruikt.

De toevoeging van een specifieke bijlage voor industriegebouwen is nodig omdat deze uitgesloten zijn van het toepassingsgebied van de bestaande bijlagen 2, 3 en 4 bij het voormelde koninklijk besluit van 7 juli 1994. Het algemene brandveiligheidsconcept zoals bepaald in de bijlagen 2, 3 en 4 is immers niet geschikt als brandveiligheidsconcept voor industriegebouwen.

Het ontwerp van koninklijk besluit heeft het voorwerp uitgemaakt van het advies 44.188/4 van 19 maart 2008 van de Raad van State.

De tekst werd aangepast aan de opmerkingen van de Raad van State.

Echter, bij het ontwerpbesluit worden diverse normen verplicht verklaard. De Raad van State merkt op dat de integrale publicatie van deze documenten in het *Belgisch Staatsblad* moet worden verricht.

Het ontwerp volgt hieromtrent het advies van de Raad van State niet.

Een norm geeft de regels van goed vakmanschap weer die, op het moment dat ze worden aangenomen, gelden voor een bepaald product, een bepaald procédé of een bepaalde dienst.